

Für die CSU dürfte in jedem Fall eine politische Erosion eintreten

In der Bildungspolitik verliert die CSU ihren selbstbehaupteten „Kompetenz“vorsprung in den Umfragen

„Die CSU steht mit dem Rücken zur Wand“.....	1
Becksteins Kernbotschaft: den „Vorsprung“ Bayerns halten.....	3
SPD: „CSU-Schulstress macht krank.“ - die CSU macht gar keine Anstalten, das zu ändern, im Gegenteil.....	5
TV-Streitgespräch zur Bildungspolitik: Maget spielt seine Trümpfe nicht voll aus und lässt das SPD-Wahlprogramm links liegen.....	7
Vielfältige und interessante Positionen der Opposition zu einer Schulreform in Bayern.....	8
Anhang 1	
Streitgespräch im Bayerischen Fernsehen zwischen Ministerpräsident Günther Beckstein und dem Herausforderer Franz Maget	
Auszug zur Bildungspolitik.....	10
Anhang 2	
Wahlprogramm der SPD	
Auszug aus Kapitel 5: Bildung - Der Schlüssel ins 21. Jahrhundert, Gerech ist, wenn keiner verloren geht! Gute Bildung duldet keinen Aufschub.....	11
Anhang 3	
Positionen der Grünen zum Schulwesen in Bayern	
Grundsatzrede von Sepp Dürr im Landtag: „Neue Politik für die Kommunen: Selbstbestimmung, Freiheit, Vielfalt“.....	12
Anhang 4	
Wahlprogramm der Grünen	
Auszug aus dem Kapitel „Wir bilden Bayerns Zukunft“, S. 65ff.....	14
Anhang 5	
Wahlprogramm der Linken	
Auszug aus Kapitel 3 „Bildung für alle statt soziale Auslese“, S. 17ff.	17
Anhang 6	
Politikempfehlungen OECD-Wirtschaftsbericht Deutschland 2008: Bessere Bildungserträge, Auszug.....	20

„Die CSU steht mit dem Rücken zur Wand“

Augsburg, 22.9.2007. Eine Woche vor der Landtagswahl scheint Beckstein angezählt. Zwar geben fast die Hälfte der von den Forschungsinstituten Befragten an, sich noch nicht entschieden zu haben, aber die Meinungsumfragen verdichten sich zur Zeit auf 47% für die CSU. Die Augsburger Allgemeine, eine sehr CSU-nahe Zeitung, ist beunruhigt:

Der Gegenwind für die CSU wird schärfer. Eine Woche vor der Landtagswahl steht die bayerische Regierungspartei mit dem Rücken zur Wand. Gerade jetzt, in der entscheidenden Phase des Wahlkampfes, reiht sich ein schlechtes Umfrageergebnis an das andere. „Stabile“ 47 Prozent waren es zuletzt. Die erfolgsverwöhnte CSU droht damit nicht nur an der magischen 50-Prozent-

Marke zu scheitern, sondern auch ihre absolute Mehrheit im Parlament zu verlieren, – es wäre eine historische Pleite, ein politisches Beben in Bayern.¹

Selbst wenn es nicht dazu kommen sollte – die Erosion in Bayern ist schon jetzt da und wird sich nach der Wahl fortsetzen. Im sogenannten „TV-Duell“ zwischen den Spitzenkandidaten von CSU und SPD, Beckstein und Maget, im Bayerischen Fernsehen sah Beckstein „alt“ aus.² Die bürgerlichen Medien versuchten das danach zwar zu vertuschen, mußten aber doch eingestehen, dass Beckstein in der Defensive ist:

Von einer Regierungsübernahme in Bayern ist die Truppe um den wackeren Spitzenkandidaten Franz Maget – mit welchem bunten Bündnis auch immer – zur Stunde jedenfalls ein gutes Stück entfernt.

Daran wird wohl auch Magets durchaus gelungener Auftritt im Fernsehduell mit Ministerpräsident Beckstein nichts Entscheidendes ändern. Der SPD-Herausforderer war zwar nach Einschätzung der meisten Beobachter leichter Punktsieger, klare Vorteile brachte ihm der Zweikampf vor laufender Kamera nicht. Eines wurde dennoch deutlich: Beckstein geriet in die Defensive – wie die gesamte CSU im bayerischen Wahlkampf.³

Die gesamte CSU im Wahlkampf in der Defensive – unglaublich!? Das beflügelt natürlich die Opposition, die diesmal nicht nur erfrischend vielfältig ist, sondern sich zum ersten Mal Chancen ausrechnen kann, auch mal auf parlamentarischer Ebene was bewirken zu können. Nach der aktuellen Konstellation scheint es aber nur möglich, der CSU im Landtag die absolute Mehrheit abzujagen, wenn auch die Linke in den Landtag einzieht. Sollte die Linke mit 4% scheitern, würde die CSU gleich wieder ihre Mandate um 2% aufstocken. Dieser Umstand, der von den Medien kaum erwähnt wird, könnte und sollte aber der Wahlkampagne der Linken Auftrieb geben.

Obwohl die Linke in Bayern schwach ist – auch im Vergleich mit anderen westlichen Bundesländern – , könnte sie dennoch zu einem ausschlaggebenden Faktor in dieser Landtagswahl werden. Selbstverständlich würde die CSU im schlimmsten Falle sich sicher einen Koalitionspartner aussuchen können, aber die Macht wäre „geteilt“, – also die Allmacht gebrochen – wie es allgemeiner Wunsch in Bayern zu sein scheint. Man hätte dann endlich auch mal im Landtag mehr politischen Spielraum und könnte eine andere Entwicklung in Bayern ins Auge fassen.

Insofern sind die Kampagnen von Linken gegen Beckstein, wie z.B. der Antifa in Fürth oder der SDAJ in Bayern ja ganz peppig, aber wenig erfolgversprechend. In Fürth soll z.B. demonstriert werden unter dem Motto: „Weg mit der CSU-Regierung! – Ein Wechsel ist nicht wählbar, er kann nur erkämpft werden!“ Wo soll das hinführen? So kommt die Linke nicht in den Landtag und die CSU nicht aus der Regierung.



„Partei-Zersplitterung – ein nationales Unglück!“, CSU-Plakat zu den Landtagswahlen in Bayern am 30.6.1946. Der Zeitpunkt naht, wo dieses „nationale Unglück“ eintritt – oder wie die Augsburgers Allgemeine sich ausdrückt: „eine historische Pleite, ein politisches Beben“.

Quelle: Deutsches Historisches Museum
http://www.dhm.de/lemo/objekte/pict/Nachkriegsjahre_plakat_CSU1946/index.html

¹ Leitartikel der Augsburgers Allgemeinen vom 20.9.2008

² <http://www.br-online.de/bayerisches-fernsehen/landtagswahl-duell-video-ID1221749373236.xml>

³ AZ ebd.

In großer Sorge kritisiert die Augsburgische Allgemeine die Taktik der CSU. Pikant ist die Einschätzung der Zeitung, dass ausgerechnet der Hass auf die Linke die Parteiführung der CSU zu einem groben Fehler verleitet:

Vor allem die CSU muss befürchten, dass ihre Stammkunden zu Hause bleiben oder ins Lager von FDP und Freien Wählern wechseln. Die Demonstration der Stärke und Entschlossenheit ist dem Führungsduo Beckstein/Huber in der Nach-Stoiber-Ära nicht hinreichend gelungen. Beide haben es zudem nicht geschafft, wie ihr Vorgänger auch das bayerische Lebensgefühl zu vermitteln. Handwerkliche Fehler einer zunehmend nervösen Regierungspartei kamen im Wahlkampf dazu. Es war falsch, einen „Kreuzzug“ gegen die Linken auszurufen, wie es CSU-Chef Huber tat, anstatt auch die Konkurrenz im bürgerlichen Lager zu stellen. Gerade dorthin, zu FDP und Freien Wählern, da sind sich die Demoskopieeinigungen einig, werden die meisten Stimmen enttäuschter CSU-Anhänger wandern.⁴



Aus all dem kann man ahnen, dass die Linke in Bayern doch eine größere Rolle spielt, als es oberflächlich betrachtet aussehen mag.

Becksteins Kernbotschaft: den „Vorsprung“ Bayerns halten

Im besagten TV-Streitgespräch zwischen Günther Beckstein und Franz Maget formulierte Beckstein eine einzigartige Erfolgsstory Bayerns. Und so soll es nach Meinung der CSU bleiben:

Moderator: Was ist eigentlich die Kernbotschaft, mit der sie die Wählerinnen und Wähler am 28. September gewinnen wollen?

Beckstein: Den Menschen in Bayern geht es besser als in anderen Ländern. Diesen Vorsprung wollen wir nicht nur halten, sondern auch ausbauen. Die Arbeitslosigkeit ist in Bayern niedriger als in jedem anderen Land. In weiten Teilen des Landes haben wir Vollbeschäftigung. Wir wollen überall, in allen Landesteilen Vollbeschäftigung, und zwar mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, mit Einkommen, die überdurchschnittlich sind. Wir sind froh darüber, dass bei uns weniger Menschen von Hartz IV und Sozialhilfe leben müssen als in anderen Ländern, insbesondere weniger Kinder. Und wir haben einen soliden Haushalt, wir machen keine neuen Schulden, weil die Schulden und die Zinsen von den Kindern und Enkeln bezahlt werden müssten. Wir sind das sicherste Land, mit den wenigsten Straftaten, mit der höchsten Aufklärungsquote. Wir haben eine klimafreundliche Energieerzeugung mit dem niedrigsten CO₂-Ausstoß aller Länder. Wir sind Solarweltmeister. Und Bayern ist ein wunderschönes Land, und „des net nur von den Bergen“ sondern auch von den Menschen. Der Zusammenhalt, die starke Volkskirche, dass wir Feuerwehren und viele Menschen „ham“, die „aufeinander“ sorgen und „füreinander“ schauen. Das ist etwas, was wir halten wollen, dafür treten wir ein.

Die „Kernbotschaft“ lautet also: Bayern ist einsame Spitze in den meisten Dingen, und wo es nicht so gut aussieht, geht es uns in Bayern immer noch besser als allen anderen. Mit dieser Argumentation soll jede Kritik zum Schweigen gebracht werden, auch wenn ein Hartz-IVler z.B. davon nicht abbeißen kann. Dieser „Vorsprung“ müsse bedingungslos gehalten und ausgebaut werden – was eine entsprechende Rücksichtslosigkeit gegenüber den anderen ganz selbstverständlich mit einschließt.

Nach diesem Eingangsstatement Becksteins beim TV-Gespräch hatte es der Herausforderer Franz Maget zum einen relativ leicht, die soziale Karte zu spielen.

Zum anderen liegt die strategische Schwäche Becksteins ja ganz offen da. Beckstein prahlte mit erfolgreichen Verhältnissen und stellte die CSU als Garant dieser Verhältnisse heraus. Damit

⁴ AZ ebd.

verkoppelte er die CSU mit dem Erfolg. Das ist ein gefährliches Spiel, wenn es zu kriseln beginnt. Denn jede Krise – auch eine, für die die CSU vielleicht gar nichts kann – fällt dann auf die CSU zurück. Angesichts immer offener zu Tage tretender Fehlentwicklungen, Turbulenzen und Krisen auch in Bayern braucht es schon viel Gottvertrauen, um der Linie Becksteins gedankenlos zu folgen. Franz Maget brauchte nur einige Stichworte wie die Landesbank, den Transrapid, Büchergeld oder G8 ansprechen und schon war bei Beckstein die Luft raus, der zunächst wie versteinert da saß und dann zu rudern anfang. Franz Maget formulierte:

Maget: [...] Bayern wurde in den letzten Jahren schlecht regiert. Ich erinnere an das Debakel bei der Bayerischen Landesbank. Sie Herr Beckstein waren 18 Jahre im Verwaltungsrat. 4,9 Mrd. Euro an Belastungen, an Abschreibungen, an Verlusten sind aufgelaufen und es werden mehr werden durch die internationale Bankenkrise. Ich erinnere an das Debakel beim Transrapid, an das Hin- und-Her beim Büchergeld, an das Schlamassel beim achtjährigen Gymnasium, unter dem die Kinder heute noch leiden und die Eltern dazu, an Lehrermangel, an zu große Klassen. Alles das spricht für einen Neuanfang, den wollen wir und den wollen wir gemeinsam mit anderen gestalten.

Die Kritik an der CSU wegen diesen Punkten ist weitverbreitet und es handelt sich um keine Kleinigkeiten sondern eher um ein mittleres Desaster für ein Land wie Bayern. Maget wertet dies als „schlechte Regierungspolitik“ und Beckstein muß sich den Schuh anziehen, weil die CSU in ihrer Allmacht sich ganz selbstverständlich alles zurechnet und zurechnen lassen muss, was in Bayern geschieht.⁵ Maget wandte den Trick mit großer Sanftmut und vollendeter Unschuldsmiene an. Aber – Hand aufs Herz – alle Landesbanken sind in der Krise, es liegt eher ein Strukturproblem vor, das sich nicht so leicht in einem einzelnen Bundesland lösen lässt, wie Maget suggeriert. Das Auf und Ab in den Geschäften der Landesbank ist nicht unbedingt ein Fehler der bayerischen Regierung. Erst recht ist es kein Fehler der Staatsregierung, wenn ein Firmenkonsortium den Bau des Transrapid in München stoppt.

Magets Beispiele waren gut gewählt und betrafen zentrale Politikfelder, nämlich Haushalt und Finanzen (Landesbank), Verkehrs- und Investitionspolitik (Transrapid) und Bildungspolitik (Büchergeld, Klassenstärken, G8). Alles Felder, wo die CSU sich große Kompetenzen zuschreibt und wo der CSU nach den Umfragen auch – zumindest bei der Haushalts- und Wirtschaftspolitik – weit größere Kompetenzen als der SPD zugeschrieben werden.

Das eigentliche Problem Becksteins war, dass er auf all diesen Feldern keine echte Konzeption anbieten konnte für den Fall von Problemen, eine Konzeption für *Änderungen*. Und so konnte Franz Maget relativ glaubhaft seinen „Neuanfang“ propagieren, der nur möglich sei, wenn die Allmacht der CSU gebrochen wird. Dass er diesen



⁵ Noch plumper Erwin Huber bei der Abschlusskundgebung in Augsburg am 22.9.: „Wer Bayern liebt, wählt CSU. Die CSU ist Bayern und Bayern ist die CSU.“ Dafür können sie ihn als Parteivorsitzenden wahrscheinlich bald nicht mehr brauchen.

Neuanfang „gemeinsam mit anderen gestalten“ wolle, ist mitten im Wahlkampf eine etwas ungewöhnliche Aussage für die SPD.

Dazu ist zweierlei zu sagen: Bisher hat man von einem Willen zur Zusammenarbeit, z.B. mit den Grünen im Landtag, in ganz wichtigen Fragen nichts gemerkt. So hat die SPD im Landtag in Sachen Versammlungsgesetz, Flüchtlingsfragen und innerer Sicherheit die Grünen eher bekämpft oder ist ihnen in den Rücken gefallen. Wenn die SPD das ändern will, soll es uns recht sein. Vor allem: Es gibt wichtige Gegenstände in der Politik in Bayern, wo die Opposition gemeinsam vorgehen könnte – dies wird auch in den Wahlprogrammen deutlich.

Wir wollen uns in diesem Artikel mit der Bildungspolitik, und hier vor allem mit der Schulpolitik befassen.

SPD: „CSU-Schulstress macht krank.“ – die CSU macht gar keine Anstalten, das zu ändern, im Gegenteil

Die Agitation der SPD und auch der anderen Parteien trifft die CSU. „CSU-Schulstress macht krank.“, plakatiert die SPD. Die CSU kommt völlig in die Defensive. Auf den großen Plakatwänden umgibt sich Beckstein mit Kindern, die Schultüten in Händen halten, und wünscht auf blauem CSU-Hintergrund „Viel Erfolg im neuen Schuljahr!“.⁶ Das kommt schon fast Zynismus gleich angesichts der Klagen, die es landauf, landab gibt. Aber „Leistung“ muss eben sein, dann hat man auch „Erfolg“ in Bayern – von dieser Losung will die CSU nicht abrücken, im Gegenteil, das gilt auch schon für die Kleinsten! Viel Erfolg im *neuen* Schuljahr? Das klingt etwas schief, wenn man es an ErstklässlerInnen adressiert. Aber das nur nebenbei.

Auf der gleichen Plakatwand bringt die CSU noch unter: Ministerpräsident Beckstein: „Kleinere Klassen, mehr Lehrer.“ – dies allerdings auf der großen Wand ziemlich klein, fast kleinlaut. Dass die Freien Wähler exakt den gleichen Slogan wie die CSU plakatieren, kann verschieden gedeutet werden. Entweder die FW wollen zum Ausdruck bringen, dass sie ganz nahe bei der CSU sind, oder die CSU ist gezwungen, populäre Forderungen selbst aufzugreifen. Wahrscheinlich ist beides der Fall. Die Opposition beklagt ja schon immer „Ideenklau“ der CSU – ein Standardargument der SPD.

Auf ihrer Webseite schreibt die CSU in einem stark kontrollierten Forum: „Kleinere Klassen, mehr Lehrer und Ganztagsangebote. Bayern investiert in die Kinder im Bildungsland Bayern. 63 Millionen Euro will die CSU-geführte Staatsregierung im kommenden Schuljahr zusätzlich für unsere Lehrer ausgeben. [...]“.⁷ Dabei fällt uns zunächst ein, dass dies am System überhaupt nichts ändern würde. Übrigens, auch die SPD fordert zunächst einfach *mehr*, überall *mehr*. Dann fällt uns auf, dass die CSU „in die Kinder“ „investiert“. Diese Auffassung klingt schon sehr wirtschaftsnah: Kinder als Anlageobjekt. Man könnte nun sagen, die CSU meint die zweite Definition von „investieren“, die ganz allgemein lautet „für jemanden etwas aufwenden oder einsetzen“.⁸ Aber Parteivorsitzender Huber stellt in gewohnter Deutlichkeit klar: „Die Schulbank bringt die besten Zinserträge für die Zukunft.“⁹ Zum dritten wäre dann zu sagen, dass 63 Millionen zusätzlich eigentlich schon etwas mickrig sind, die extreme Ungleichverteilung zwischen den Schulstufen nicht ändern sondern eher verfestigen können und den *Rückgang* der Bildungsausgaben in Bayern im Vergleich zum gesellschaftlichen Reichtum nicht aufhalten dürften.¹⁰ Der bildungspolitische Sprecher der SPD wies schon für den Staatshaushalt

⁶ s. Fotos auf Seite 6

⁷ http://www.csu.de/partei/unsere_politik/bildung_wissen/forum_bildungspolitik/index.htm

⁸ investieren [lateinisch], 1) als Investition anlegen; 2) für jemanden etwas aufwenden oder einsetzen; 3) feierlich in ein (geistliches) Amt einführen. <http://lexikon.meyers.de/meyers/Investieren>

⁹ <http://www.br-online.de/aktuell/bildungspolitik-DID1206634257887/index.xml>

¹⁰ So stellte BLLV-Präsident Klaus Wenzel schon vor über einem Jahr fest:

„Bildungsausgaben drastisch erhöhen und neu verteilen“ - der dritte Appell Wenzels richtet sich an den Bayerischen Finanzminister. Immer noch investiert Bayern überproportional viel Geld in die gymnasiale Bildung, anstatt das Fundament der Bildung zu stärken. „Jedem muss klar sein, dass Investitionen in den frühen Schul- und Bildungsbereich spätere hohe Ausgaben für teure Rehabilitationsmaßnahmen reduzieren. Mit der extremen und pädagogisch wie ökonomisch unsinnigen Ungleichverteilung zwischen den Schulstufen muss endlich Schluss sein, tragen doch Investitionen in den Elementar- und Primarbereich mit Abstand die höchste

2006 nach, dass die Bildungsausgaben des Freistaats im Haushalt nicht nur relativ, sondern absolut gesunken sind, obwohl die Schülerzahlen stark angestiegen sind.¹¹ Schon damals forderte die SPD für den Nachtragshaushalt nicht 63 Mio. mehr, sondern 360 Mio. Übrigens: wahrscheinlich das einhundertfache der Summe, mit der die CSU jetzt hausieren geht, hat die



Landesbank vergeigt! Die SPD rechnet die Unterrichtsstundenkürzungen an Grund- und Hauptschulen, die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit für alle Lehrerinnen und Lehrer und die Steigerung der durchschnittlichen Klassenstärken um in tausende von eingesparten Planstellen. Die SPD kann auch nachweisen, dass Bayern den OECD-Durchschnitt z.T. erheblich verfehlt.¹²

Wer nun meint, das sei alles SPD-Propaganda aus dem Jahr 2006 und veraltet, der wird durch den allerneuesten OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland 2008 eines Besseren belehrt. Die darin enthaltenen Politikempfehlungen für „Bessere Bildungserträge“ betreffen Bayern ganz besonders.¹³ Die OECD empfiehlt in ihrem Bericht Maßnahmen „zur Kompensierung von Mängeln im häuslichen Umfeld bei

Rendite.“ (im Vgl.: Volksschüler 3400 €, Realschüler 3900 €, Gymnasiast 4900 € pro Jahr). Minimalziel müsste sein, wenigstens auf das Niveau des OECD-Durchschnitts zu kommen. Wenzel machte darauf aufmerksam, dass zwischen den Jahren 1987 und 2000 die Ausgaben für Bildung in Bayern wesentlich langsamer gewachsen sind als der gesellschaftliche Reichtum. So beträgt der relative Rückgang des Anteils 21,8%.

<http://bildungsklick.de/pm/53068/bayern-braucht-eine-grundlegende-schulreform/>

¹¹ Entgegen aller Behauptungen von Staatsregierung und CSU sind die Ausgaben im Bayerischen Bildungshaushalt gesunken. „Kürzungen in nahezu allen Bereichen, vor allem an den Schulen“, stellt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Hans-Ulrich Pfaffmann, fest und wirft der CSU Wortbruch und eine „Finanzierungslüge im Bildungshaushalt“ vor.

In seiner Pressekonferenz am 6. Februar im Bayerischen Landtag, hat Pfaffmann die Haushaltskürzungen belegt. Danach ist die Zahl der Schüler in Bayern in den vergangenen zehn Jahren um ein Viertel gestiegen. Die Ausgaben für Bildung sind dagegen um 1,5 Milliarden Euro geschrumpft. Die Folgen: zu große Klassen, zu wenig Lehrer und zu viel Unterrichtsausfall.

Die von der CSU bei ihrer Winterklausur in Kreuth beschlossenen Nachbesserungen bezeichnete der SPD-Politiker als Beruhigungsspiel. Zusammen gerechnet bleiben von 500 zugesagten Stellen lediglich 178 übrig. Fünf Schulen müssen sich jeweils einen zusätzlichen Lehrer teilen. https://www.spd-landtag.de/aktuell/presse_anzeigen_druck.cfm?mehr=6023

¹² https://www.spd-landtag.de/aktuell/presse_anzeigen_druck.cfm?mehr=6023

¹³ s. Anhang 6

Kleinstkindern aus sozial schwächerem Milieu, durch die sie in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten eingeschränkt sind“ und „um eine gerechtere Behandlung von Kindern aus sozial schwächeren Verhältnissen zu gewährleisten“. Die OECD würde die Betreuungsgelder stoppen, die Qualität von Ganztagskindergärten verbessern, die Lehrerausbildung mehr auf „die Entwicklung didaktischer Fähigkeiten und allgemeiner Unterrichtskompetenzen“ ausrichten. Weitere wichtige Positionen der OECD, von denen Bayern meilenweit entfernt ist, sind:

- Verantwortung der jeweiligen Schulen und Lehrkräfte für die Fortschritte aller ihrer Schüler und Einrichtung der für diese Entwicklung erforderlichen Strukturen; [...]
- Aufschub der ersten Selektion, die in den meisten Bundesländern derzeit im Alter von 10 Jahren erfolgt, auf einen späteren Zeitpunkt;
- Angebot von Haupt- und Realschule in einer gemeinsamen Schulart und
- Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen in der Praxis.

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist eigentlich eine Einrichtung von Industriestaaten zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Welthandel mit einem sehr wirtschaftsliberalen Programm. Es ist schon mehr als pikant, dass die bayerische Bildungspolitik die OECD-Standards so umfassend verfehlt.

TV-Streitgespräch zur Bildungspolitik: Maget spielt seine Trümpfe nicht voll aus und lässt das SPD-Wahlprogramm links liegen

Wie zum Trotz beharrte Beckstein in dem TV-Streitgespräch auf den abgedroschenen Positionen, die immer unhaltbarer werden:

„Beckstein: Also zunächst, wir können mit Selbstbewußtsein darüber diskutieren, dass die bayerischen Kinder einen Vorsprung haben. Und ich sehe mit großer Sorge, dass diese Koalition, die Herr Maget da im Auge hat, die Grundschule abschaffen will und damit das gegliederte Schulsystem. Das wäre ein schwer Fehler. [Einwurf Maget: Das ist doch absurd] Wir wollen jedes Kind bestmöglichst fördern. Und die Kinder sind unterschiedlich begabt und die unterschiedliche Begabung verlangt unterschiedliche Schulen.“¹⁴

Es wäre schon mal interessant, zu prüfen, wer das mit dem „Vorsprung“ der bayerischen Kinder überhaupt noch glaubt außer der CSU-Landesleitung und vielleicht ein paar Eliten, die vermehrt privat für diesen Vorsprung sorgen. Noch interessanter allerdings wäre für uns, warum Franz Maget ohne Not in dem Fernsehgespräch das dreigliedrige Schulsystem „im Prinzip“ unterstützen will:

Moderator: Herr Maget, dreigliedriges Schulsystem: Ja oder nein? Sie haben ja glaube ich gesagt: „Zunächst Ja“.

Maget: Im Prinzip ja.

Moderator: Was heißt das „zunächst“ und „im Prinzip“?

Maget: Das heißt, dass man zunächst die Schularten stärken muss, die wir haben. Jede Schule braucht Unterstützung.¹⁵

Das heißt, ginge es nach dem SPD-Spitzenkandidaten, würde zunächst in alle Schularten mehr Geld und mehr Personal reingepumpt. Er spricht nicht mal von einer Differenzierung dieser Stärkung aller Schularten, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen. Ein bodenlos opportunistischer Standpunkt. Im Wahlprogramm der SPD steht:

Außerdem ist die Annahme, dass es drei Begabungstypen gebe, die in homogenen Gruppen am besten individuell gefördert werden könnten, grundfalsch, was auch internationale Studien belegen. Deshalb treten wir auch weiterhin für eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit aller Kinder ein.¹⁶

¹⁴ s. Anhang 1

¹⁵ s. Anhang 1

¹⁶ s. Anhang 2

Wie kann man so was ins Wahlprogramm schreiben und im Fernsehen dann vertreten, das man zum dreigliedrigen Schulsystem „im Prinzip“ Ja sage?!

Und die Genossen, die das Fernsehduell verfolgten, feierten ihren Kandidaten. Dabei hat er seine Trümpfe kaum ausgespielt.

So fordert die SPD in ihrem Wahlprogramm als Sofortmaßnahme:

Kurzfristig werden wir deshalb die Entscheidung über die Wahl der Schulart im Anschluss an die Grundschule – nach eingehender Beratung durch die Schule – in die Entscheidung der Eltern, Kinder und Jugendlichen legen, also das Übertrittszeugnis abschaffen, sowie die Möglichkeiten eines späteren Wechsels zwischen den Schularten ausbauen.

Obwohl diese Maßnahme im SPD-Programm die *einzig* kurzfristige Maßnahme ist, präsentierte sie Maget im TV-Gespräch nicht! Franz Maget fiel im Fernsehen sowohl hinter das SPD-Programm als auch die Verbände, z.B. BLLV, zurück – und man fragt sich, warum?

Er sprach in dem TV-Gespräch so oft davon, dass es nötig sei, die Macht wieder zu teilen, und ging Beckstein so sanft an, dass man fast den Eindruck hatte, Maget wolle sich eine Koalition der SPD mit der CSU nicht verbauen. Tatsächlich hat Maget *keine* Koalitionen ausgeschlossen außer eine mit der Linken. Klar, eine Koalition der SPD mit der CSU dürfte zur Zeit nicht angesagt sein, ebensowenig wie eine Koalition der Grünen mit der CSU. Aber mittelfristig wären das schon Themen und eine staats-treue bayerische SPD, die sich seit Jahrzehnten nach Teilhabe an der Macht und Regierungsverantwortung sehnt, dürfte da schon zu haben sein. Vielleicht hat Franz Maget uns in seinem Fernsehgespräch mit Beckstein schon eine Kostprobe gegeben, was dann von einem umfassenden und in vielen Teilen unterstützenswerten SPD-Wahlprogramm noch übrig bleiben würde.

Vielfältige und interessante Positionen der Opposition zu einer Schulreform in Bayern

Wir haben als Anhänge zu diesem Artikel Positionen der SPD, der Grünen und der Linken zur Bildungspolitik zusammengestellt, und hier nur die zur Schulpolitik ausgewählt. Wir wollen uns nicht anmaßen, dieses ganze Material in einem Artikel abzuhandeln. Wir halten aber alle drei Programme für wert, festgehalten zu werden – die bildungspolitische Arbeit geht ja nach den Wahlen weiter. Gerade, wenn nach den Wahlen die Einflussmöglichkeiten der jetzigen Opposition steigen, wird es umso wichtiger, zu klären, was man eigentlich in und mit dem Bildungswesen will. Und dazu sollte man von den Programmen der Parteien ausgehen, in die ja bei den Sozialdemokraten z.B. jahrzehntelange Praxis der Mitglieder aus dem Bildungssektor eingeflossen sind. Bei den Grünen kommen starke kommunalpolitische Akzente in die Schulpolitik, bei der Linken spürt man – wohl-tuend – den Einfluss von ver.di und eine starke demokratische Note.

Neben der Schulreform zählen die Parteien zur Bildungspolitik noch so wichtige Bereiche wie die berufliche Bildung, eine demokratische Hochschule, die Weiterbildung und das lebensbegleitende Lernen und die Elementarbildung. Die Linke zählt in ihrem Wahlprogramm auch noch Jugendhilfe, Sozialarbeit, Freiheit für Kunst und Kultur sowie Medienvielfalt dazu.

Es seien zum Schluss nur – unsystematisch – einige Punkte aus den Wahlprogrammen der drei Parteien zur Schulreform skizziert, die uns auffielen. Was die ÖDP, die FW und die FDP auf diesem Feld vorhaben, können wir hier nicht mehr behandeln.

Die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems haben sich alle auf die Fahnen geschrieben. Die SPD will „integrierte Schulformen“ als Alternative, „passgenaue regionale Schulkonzepte“ und „wohnortnahe“ Schulen, die das Recht haben, sich von der Kultusbürokratie weitgehend abzukoppeln. Die Lehrpläne sollen nach der SPD „zu Zielvereinbarungen umgebaut und die Gestaltung des Unterricht und des Schulalltags in die Entscheidung des Schulforums, unter Beteiligung von Eltern und Schüler/innen, gestellt“ werden.

Auch die Grünen heben auf den demokratischen Ausbau des Schulforums¹⁷ ab: „Die Schule regelt alle

¹⁷ Das Schulforum in seiner bisherigen Form in Bayern s. http://by.juris.de/by/EUG_BY_2000_Art69.htm

ihre Angelegenheiten in einem paritätisch besetzten Schulforum selbst. Sie legt Rechenschaft über die Erreichung von Standards ab, indem sie sich regelmäßig evaluieren lässt. Politik soll in Zukunft lediglich den Rahmen und die Lernziele setzen, die Schulen jedoch selbst entscheiden lassen, wie sie diese Ziele erreichen.“

Heißt es bei der SPD die „integrierte“, „regionale“ Schule, so heißt es bei den Grünen die „eigenverantwortliche Schule“ oder die „selbständige Schule“ mit starken kommunalen Gestaltungsrechten. Schon vor den Kommunalwahlen griff Sepp Dürr in einer Grundsatzrede als Erwiderung auf die Regierungserklärung Becksteins die Staatsregierung scharf an:

Ich fürchte, Herr Ministerpräsident, Sie haben noch nicht einmal verstanden, was wir Grünen wollen. Denn wir wollen eben nicht lediglich Haupt- und Realschule zusammenlegen, wir wollen alle Kinder gemeinsam unterrichten. Denn nur so ist das, wovon Sie nur reden, aber bisher verhindern, nämlich individuelle Förderung, Differenzierung und Vielfalt wirklich möglich.

Aber unsere Kinder und unsere Kommunen können nicht länger warten, bis Sie das endlich verstanden haben. Deshalb fordern wir jetzt eine Öffnungsklausel: Die Kommunen müssen sofort die Möglichkeit bekommen, die Schulstrukturen den örtlichen Verhältnissen anzupassen.¹⁸

Bei der Linken heißt es „Gemeinschaftsschule“ und wortgleich mit den Grünen „eine Schule für alle“. Die Stärke des Grünen Programms sind die starken Mitwirkungsrechte der Kommune. Allerdings haben die Grünen mit ihrem „Dreiklang grüner Bildungspolitik: Gerechtigkeit – Vertrauen – Leistung“ auch eine Komponente in ihr Wahlprogramm eingebaut, die über „Leistungsbereitschaft“ auch einen Schulerschluss mit der CSU erlauben würde: „Unsere Bildungspolitik basiert auf den Grundprinzipien Gerechtigkeit, Leistung und Vertrauen. In einem gerechten Bildungssystem erhalten alle Kinder individuelle Förderung. Es schöpft auch die Potenziale aller Kinder aus. Nicht Druck und Gängelung fördern Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, sondern Anerkennung und Wertschätzung.“

Ganz in diesem Sinne beziehen sich die Grünen positiv auf den „Modellversuch 21“¹⁹ – ein von der Stiftung Bildungspakt Bayern geförderter Modellversuch *MODell Unternehmen Schule* im 21. Jahrhundert. Ziel ist neben der Förderung von mehr Selbstständigkeit die Förderung von „unternehmerischem Denken an Schulen“. Die „positiven“ Ergebnisse von MODUS21 werden zukünftig in die Schulpraxis übernommen. Ratsvorsitzender der Stiftung Bildungspakt Bayern ist der Präsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. Randolf Rodenstock. Die Stiftung ist eine unter Stoiber gegründete Public Private Partnership der Bayerischen Staatsregierung mit 130 Unternehmen im Freistaat Bayern.

Das Konzept „eine Schule für alle“ könnte auch in Bayern einen An Schub bekommen, wenn in Hamburg ein Volksentscheid dazu durchgesetzt werden kann.²⁰

Peter Feininger

¹⁸ s. Anhang 3

¹⁹ <http://de.wikipedia.org/wiki/MODUS21>

²⁰ Die Hamburger Initiative „Eine Schule für alle“ startet heute die Unterschriftensammlung für die zweite Stufe des Volksbegehrens. Nachdem sie im Januar 15.550 Unterschriften für die erste Stufe eingereicht hatte, müssen nun rund 61.000 gültige Unterschriften zusammenkommen, um einen Volksentscheid durchzusetzen. „Das Volksbegehren zeigt erneut, dass das Thema Bildung den Bürgern unter den Nägeln brennt“, sagt Gerald Häfner, Vorstandssprecher des Vereins Mehr Demokratie. „Mit 30 Prozent machen Bildung und Kultur den größten Themenbereich bei Volksinitiativen und Volksbegehren aus.“ [http://www.mehr-demokratie.de/752.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=2073&tx_ttnews\[backPid\]=275&cHash=fe7d88810e](http://www.mehr-demokratie.de/752.html?&tx_ttnews[tt_news]=2073&tx_ttnews[backPid]=275&cHash=fe7d88810e)

Anhang 1

Streitgespräch im Bayerischen Fernsehen zwischen Ministerpräsident Günther Beckstein und dem Herausforderer Franz Maget Auszug zur Bildungspolitik

18.9.2008

Moderator: Herr Maget. Fangen wir gleich mal bei der Bildungspolitik mit Ihnen an. Stichwort: Sie werfen der bayerischen Staatsregierung bei der Bildungspolitik – das ist auch die Möglichkeit der Opposition – Versagen vor. Aber sie wissen ja auch, dass die bayerischen Schüler – das ist der zweite Teil der Wahrheit – etwa im bundesweiten Pisa-Vergleich an der Spitze stehen. Das ist ja auch ein Teil der Wahrheit. Was passt Ihnen nicht?

Maget: Ich bin Arbeiterkind. Mein Vater war Schneider von Beruf. Ich hatte Glück, ich durfte als einer der ganz wenigen in meiner Klasse das Gymnasium besuchen, ich durfte Abitur machen, ich konnte sogar studieren mit einem Stipendium. Und daraus habe ich folgendes gelernt: Erstens muss viel bessere und gerechtere Bildungschancen in diesem Land geben. Das bayerische Schulsystem sorgt dafür, dass Kinder aus Arbeiterfamilien siebenmal schlechtere Chancen haben, das Abitur zu erreichen als Kinder aus Akademikerfamilien. Das ist nicht in Ordnung. Es gibt regionale Unterschiede obendrein. Wir haben eine Übertrittsquote zum Gymnasium im Landkreis Starnberg von 50% im Rottal von 16%. Das heißt, ich will zunächst mal ein Bildungssystem, das mehr Gerechtigkeit liefert, das die Bildungsabschlüsse nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig macht.

Zweite Kritik: Wir haben einen Unterschied zwischen der Schönrederei der Situation durch die Staatsregierung und der Wirklichkeit an unseren Schulen. Denn dort haben wir zu große Klassen. Sie haben jetzt gerade die Klassenhöchstgrenze am Gymnasium von 34 auf 33 Kinder gesenkt, welcher durchschlagender Erfolg! Wir haben zu wenig Lehrerinnen und Lehrer, wir haben zu wenig Ganztagschulen und alles das würde dafür sorgen, dass wir bessere schulische Bildung erzielen könnten. Das ist auch die Schlüsselfrage für die Zukunft und unser wichtigstes Ziel.

Moderator: Herr Ministerpräsident, wie gesagt, Bildungspolitik nicht nur im Zentrum der Opposition, sondern auch immer wieder von Elternverbänden, von Lehrerverbänden. Ihre Frau ist Lehrerin, Sie haben sich das Thema Bildungspolitik auch auf Ihre Fahnen geschrieben, Sie wollen da viel investieren. Ja – aber trotzdem – es liegt vieles im Argen.

Beckstein: Also zunächst, wir können mit Selbstbewusstsein darüber diskutieren, dass die bayerischen Kinder einen Vorsprung haben. Und ich sehe mit großer Sorge, dass diese Koalition, die Herr Maget da im Auge hat, die Grundschule abschaffen will und damit das gegliederte Schulsystem. Das wäre ein schwerer Fehler. [*Einwurf Maget:* Das ist doch absurd] Wir wollen jedes Kind bestmöglichst fördern. Und die Kinder sind unterschiedlich begabt und die unterschiedliche Begabung verlangt unterschiedliche Schulen. Und die entscheidende Frage heißt dann: Wir müssen allerdings immer noch den Übergang ermöglichen und da haben wir nur unser System wirklich hervorragend ausgebaut und das heißt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Die wenigsten Leute wissen, dass an bayerischen Hochschulen bereits über 40 Prozent Studenten sind, die nicht über das Abitur kommen. Also wenn z.B. in einem Landkreis im Bayerischen Wald Kinder über Realschule gehen, haben sie ohne weiteres später die Möglichkeit, über die Berufsoberschule, Fachoberschule oder über die Meisterausbildung direkt an die Hochschule zu kommen.

Moderator: Herr Ministerpräsident, wie kriegen wir unsere Klassen kleiner. Die sind ja noch zu groß.

Beckstein: Die durchschnittlichen Klassenstärken sind sehr viel geringer, als der Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt wird. Wir haben in der Hauptschule die durchschnittliche Klassenstärke 21 Kinder, in der Grundschule 23 Kinder, wir haben in der Realschule 28 und im Gymnasium 27 Kinder. Aber in diesen Schularten, weiterführenden Schulen, haben wir dann sehr viel Wahlunterricht und sehr viel Intensivierungsstunden. Das bedeutet, dass wir insgesamt hier sehr viel mehr getan haben, als in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird. Aber, natürlich will ich noch besser werden. Ich habe in meiner ersten Regierungserklärung im Herbst – die wenigsten haben das erkannt – gesagt, die

Bildungspolitik ist die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts. [Moderator: Und die kostet nen Haufen Geld]. Natürlich „kost des ne“ Menge Geld und das werden wir auch aufwenden. Im Nachtragshaushalt 2245 neue Lehrer. Ich hab gesagt, ich hab als Innenminister gesagt, dass Bayern Marktführer im Bereich der inneren Sicherheit geworden ist und als Ministerpräsident bin ich erst dann zufrieden, wenn der letzte Sozi in Schleswig-Holstein, der letzte Rote in Berlin sagt, jawohl, die Bayern haben einen Vorsprung, die sind halt besser.

Moderator: Herr Maget, dreigliedriges Schulsystem: Ja oder nein? Sie haben ja glaube ich gesagt: „Zunächst Ja“.

Maget: Im Prinzip ja.

Moderator: Was heißt das „zunächst“ und „im Prinzip“?

Maget: Das heißt, dass man zunächst die Schularten stärken muss, die wir haben. Jede Schule braucht Unterstützung.

Einwurf Beckstein: Anders als in ihrem Wahlprogramm? Nicht sechs Jahre, acht Jahre...

Maget: Nein, langsam! Sie dürfen mich ruhig ausreden lassen. Alle Schularten stärken! Das ist wichtig, denn alle brauchen mehr, mehr Investitionen, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Schulsozialarbeit, mehr ganztätige Angebote, damit die Eltern sich nicht Nachhilfe privat finanzieren müssen. Es ist eh' teuer genug, bildungswillige Kinder zu haben. Sie haben die Studiengebühren noch oben drauf gelegt, ein weiteres Bildungshindernis. D.h. erst einmal die Schulen stärken und dann in aller Ruhe – nicht überstürzt, wie Sie beim achtjährigen Gymnasium ohne Plan und Konzept – dann in aller Ruhe eine Diskussion führen über die Frage der längeren gemeinsamen Schulzeit. Da bin ich schon dafür, denn ich sehe, wie die Kinder schon mit sieben, acht oder neun Jahren unter einem Leistungsdruck stehen, vor dem Übertritt in der vierten Klasse. Da sind mir die Kinder zu jung dafür, denn alle wissen doch, die Durchlässigkeit, die Sie propagieren, besteht in Wahrheit nicht. Es gibt die Durchlässigkeit von oben nach unten, aber kaum von unten nach oben. Deswegen ist der Leistungsdruck so groß in der dritten und vierten Grundschulklasse, weil die Eltern genau wissen: Wir möchten es unbedingt schaffen, dass unsere Kinder zumindest auf die Realschule, oder aufs Gymnasium dann kommen, und wir würden eine längere gemeinsame Schulzeit zugestehen, und hier zumindest Modellversuche entwickeln. Sie genehmigen ja nicht mal Modellversuche, einer längeren gemeinsamen Grundschulzeit. Das würden wir allerdings sofort anders machen.

<http://www.br-online.de/bayerisches-fernsehen/landtagswahl-duell-video-ID1221749373236.xml>

Anhang 2

Wahlprogramm der SPD

Auszug aus Kapitel 5: Bildung - Der Schlüssel ins 21. Jahrhundert, Gerecht ist, wenn keiner verloren geht! Gute Bildung duldet keinen Aufschub

Abschnitt: Gerecht ist, wenn die Schulstrukturen weiter entwickelt werden, S. 22f.

5.7.2008

[...] Außerdem ist die Annahme, dass es drei Begabungstypen gebe, die in homogenen Gruppen am besten individuell gefördert werden könnten, grundfalsch, was auch internationale Studien belegen. Deshalb treten wir auch weiterhin für eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit aller Kinder ein.

- Wir wollen die Prioritäten des Bildungssystems in Bayern umstellen: weg vom Ausleseprinzip, das Zukunftschancen junger Menschen verbaut und gesellschaftlich dringend benötigte Qualifikationen blockiert, hin zu einer systematischen individuellen Förderung, die alle Begabungen ausschöpft.
- Kurzfristig werden wir deshalb die Entscheidung über die Wahl der Schulart im Anschluss an die Grundschule – nach eingehender Beratung durch die Schule – in die Entscheidung der Eltern, Kinder

und Jugendlichen legen, also das Übertrittszeugnis abschaffen, sowie die Möglichkeiten eines späteren Wechsels zwischen den Schularten ausbauen.

- Mittelfristig werden wir das dreigliedrige Schulsystem überwinden und dafür sorgen, dass passgenaue regionale Schulkonzepte mit einem vielfältigen Angebot an Schulabschlüssen vor Ort entwickelt werden können. Wir werden pädagogisch anerkannte integrierte Schulformen als Alternative zum dreigliedrigen Schulwesen fördern und längere gemeinsame Schulzeiten umsetzen. Grundsätzlich werden wir an jeder Schulart die Abschlussmöglichkeit "Mittlere Reife" anbieten und das "Sitzenbleiben" abschaffen. Kurz, wir werden Reformschulen fördern und unterstützen.

- Wir werden wohnortnahe Schulen in allen Regionen Bayerns erhalten, nach dem Prinzip: „kurze Beine, kurze Wege“ – in der Grundschule, aber auch bei den weiterführenden Schulen. Eine Schule „vor Ort“ fördert die wünschenswerte Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendarbeit, Vereinsleben und Kultur.

- Die Schulen werden heute in immer stärkerem Maße als letzte Einheit einer übermächtigen Kultusbürokratie wahrgenommen und auch so behandelt. Die Schulen müssen immer neue Statistiken führen, Tests abhalten, immer neue Vorschriften umsetzen und zwar neben dem Unterricht. Oftmals ohne erkennbare Konsequenzen. Die Lehrer und Lehrerinnen haben kaum Gestaltungsspielraum. Das bayerische Schulwesen ist zentral und hierarchisch organisiert. Dies führt zu Überlastung des Lehrpersonals – auch der Schulleiter – durch organisatorische Aufgaben und zu Demotivation. Wir werden deswegen den organisatorischen und pädagogischen Gestaltungsspielraum der Schulen erweitern, die Schulen selbständiger machen. Die Schulämter werden zu Beratungseinrichtungen umgebaut. Auch in pädagogischen Fragen erhalten die Lehrer und Lehrerinnen mehr Freiheiten. Dafür werden die Lehrpläne zu Zielvereinbarungen umgebaut und die Gestaltung des Unterricht und des Schulalltags in die Entscheidung des Schulforums, unter Beteiligung von Eltern und Schüler/innen, gestellt.

Das bayerische Schulwesen ist zentral und hierarchisch organisiert. Dies führt zu Überlastung des Lehrpersonals – auch der Schulleiter – durch organisatorische Aufgaben und zu Demotivation. Wir werden deswegen den organisatorischen und pädagogischen Gestaltungsspielraum der Schulen erweitern, die Schulen selbständiger machen. Die Schulämter werden zu Beratungseinrichtungen umgebaut. Auch in pädagogischen Fragen erhalten die Lehrer und Lehrerinnen mehr Freiheiten. Dafür werden die Lehrpläne zu Zielvereinbarungen umgebaut und die Gestaltung des Unterricht und des Schulalltags in die Entscheidung des Schulforums, unter Beteiligung von Eltern und Schüler/innen, gestellt.

http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/080922_Landtagswahl-I/programm-spd.pdf

Anhang 3

Positionen der Grünen zum Schulwesen in Bayern

Grundsatzrede von Sepp Dürr im Landtag: „Neue Politik für die Kommunen: Selbstbestimmung, Freiheit, Vielfalt“

gehalten zwei Wochen vor den Kommunalwahlen, 19.2.2008

Auszüge

[...]



Beispiel 3: Ganztagschulen.

Für den Ausbau von Ganztagschulen stellen Sie 100 Millionen in vier Jahren bereit. Die Investitionskosten liegen pro Schule ungefähr zwischen 650 000 und 1,2 Millionen €, d.h. mit 25 Millionen im Jahr lassen sich – bei hälftiger Finanzierung – ca. 50 bis 60 Schulen pro Jahr ausbauen. Aber es gibt heute schon einen Antragsstau:

allein bei den Hauptschulen wurden letztes Jahr 177 beantragt, aber nur 100 genehmigt. D.h. mit Ihren 25 Millionen können Sie noch nicht einmal den Überhang bei den Hauptschulen finanzieren.

Die Kommunen wissen ja inzwischen, dass sie sich dabei nicht auf die Staatsregierung verlassen können. So beschreibt etwa der Bürgermeister von Puchheim in einem Brandbrief an den Kultusminister, wie sehr die Kommunen bereits jetzt das Versagen der Staatsregierung ausgleichen müssen.

„Beispielhaft seien genannt:

Mittlere-Reife-Züge, Pilotprojekte zur Leseförderung, Streitschlichtersysteme, eine Jobbörse für Schulabgänger und Schulsozialarbeit an der Hauptschule. Ausgeweitete Deutschförderkurse für Migranten, Sprach- und Mathematikprojekte an den Grundschulen“.

Und er fordert eine bessere Finanzierung für Ganztagsgrundschulen: „Wegen des geltenden Konnexitätsprinzips kann sich der Freistaat Bayern auch nicht aus der Verantwortung stellen. Ganztagsklassen sind an Haupt- und Grundschulen notwendig und werden deshalb mit Zustimmung Ihres Ministeriums auch eingerichtet. Im zweiten Schritt dann die baulichen Notwendigkeiten aus der Förderung zu nehmen, ist ein Schildbürgerstreich.“

Dass Sie die Kommunen mit dem von allen für notwendig erachteten Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen allein lassen, schadet nicht nur den Städten und Gemeinden, das schadet uns allen.

Ebenso schädlich wie die Mangelwirtschaft, mit der Sie die Kommunen kurz halten, ist für die Zukunft unseres Landes, dass Sie die Städte und Gemeinden nicht endlich in die Freiheit entlassen, sondern sie an der kurze Leine halten.

Deshalb fordern wir nicht lediglich mehr Geld, wir fordern Strukturänderungen: Neue Konzepte, die den Kommunen selbständiges Handeln ermöglichen und mehr Freiheiten einräumen.

Auch in der CSU wächst ja die Erkenntnis, dass es grundsätzliche Änderungen braucht. So hat sich neulich der Städtetag für einen verbindlichen Mindestlohn ausgesprochen. Ein anonymes Mitglied der CSU-Fraktion wiederum hat kürzlich für die Schulen „flexiblere Strukturen“ eingefordert.

Und in einem Dringlichkeitsantrag hat letzthin die Mehrheitsfraktion selber darauf gedrungen, dass „gleichwertige Basisstrukturen wie z.B. Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung in allen Landesteilen entsprechend dem Vorhalteprinzip für wohnortnahe Einrichtungen der Daseinsvorsorge aufrechterhalten bzw. geschaffen“ werden müssen.

Nur, Kolleginnen und Kollegen der CSU, jetzt ist es höchste Zeit, dass Sie nicht nur reden, sondern endlich in die Gänge kommen und handeln!

[...]

Statt wie Sie Schulen zu schließen lassen wir die Schule im Dorf.

Überall im Land schließen Sie Schulen. Ein Ende ist nicht abzusehen. Sie haben heute erklärt: „Von den rd. 1.050 Hauptschulen in Bayern sind rd. 700 zwei- und mehrzünftig – diese sind derzeit gesichert.“

Das heißt, dass Sie nach dem Tod der Teilhauptschulen jetzt auch die Einzügigen Hauptschulen sterben lassen wollen. Aber wenn die Schulen das Dorf verlassen, dann verlieren die Kommunen einen wichtigen Standortfaktor, sie werden sozial und kulturell entkernt.

Außerdem ist die zersplitterte Zuständigkeit, dass die Kommunen für Gebäude zuständig sind und der Staat für Rest, nicht mehr zeitgemäß. Wie viele Gemeinden haben schon Schulen gebaut oder renoviert und Sie haben sie kurz danach geschlossen?

Außerdem übernehmen die Kommunen schon heute freiwillig Aufgaben, die Sie und Ihre Regierung vernachlässigen, etwa bei der Schulsozialarbeit oder der Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung. Besonders schädlich für die Zukunft unseres Landes ist, dass das bayerische Schulsystem sozial extrem ungerecht ist:

In keinem Land, das bei PISA teilgenommen hat, hängen die Chancen der Kinder so sehr von ihrer Herkunft ab – und zwar von ihrer sozialen wie regionalen Herkunft. Je ärmer die Eltern, desto weniger Chancen für die Kinder. Je weiter auf dem Land, desto niedriger die Bildungsabschlüsse.

Dieses überholte, so wenig leistungsfähige Schulsystem können wir uns nicht mehr leisten.

Alle unsere Kinder brauchen beste Bildungschancen!

Wir Grünen wollen nicht länger warten, sondern jetzt die Voraussetzungen schaffen für besseren Unterricht in allen Landesteilen. Deshalb setzen wir auf Bewegung von unten. Wir fordern die selbständige Schule. Schulen müssen die Freiheit bekommen, neues zu wagen.

Es gibt viele positive Erfahrungen mit Modellversuchen wie Modus 21: Da zeigen Schulen, was sie können, wenn sie endlich dürfen. Diese Erfahrung haben auch andere Länder gemacht:

Die Verlagerung der Verantwortung auf die Schulen selbst führt zu einem Innovationsschub und damit zu besserer Bildung. Wir fordern: das Schulforum, also Eltern, Lehrkräfte, SchülerInnen und Kommune sollen künftig selber über Personal und Budget entscheiden.

Und wir sagen: Kinder brauchen mehr Zeit für Lernprozesse. Deshalb fordern wir flächendeckend Ganztagschulen.

Und wir fordern, alle Kinder länger gemeinsam zu unterrichten, so dass sich ihre Bildungswege erst nach neun Jahren trennen. Das ist heute internationaler Standard.

Ich fürchte, Herr Ministerpräsident, Sie haben noch nicht einmal verstanden, was wir Grünen wollen. Denn wir wollen eben nicht lediglich Haupt- und Realschule zusammenlegen, wir wollen alle Kinder gemeinsam unterrichten. Denn nur so ist das, wovon Sie nur reden, aber bisher verhindern, nämlich individuelle Förderung, Differenzierung und Vielfalt wirklich möglich.

Aber unsere Kinder und unsere Kommunen können nicht länger warten, bis Sie das endlich verstanden haben. Deshalb fordern wir jetzt eine Öffnungsklausel: Die Kommunen müssen sofort die Möglichkeit bekommen, die Schulstrukturen den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Sie sollen entscheiden können, ob sie, statt Schulen zu schließen, ihre Kinder nicht lieber länger in gemeinsamer Schulzeit unterrichten wollen. Denn wir meinen: die Schulen müssen sich den Kindern anpassen, nicht umgekehrt.

<http://www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/dokumente/dok/220/220829.html>

Anhang 4

Wahlprogramm der Grünen

Auszug aus dem Kapitel „Wir bilden Bayerns Zukunft“, S. 65ff.

18.9.2008

Bayerns Schulsystem: ungerecht und ausgrenzend

Das bayerische Bildungssystem ist weder gerecht noch leistungsstark. Es geht verantwortungslos mit den Zukunfts- und Lebenschancen von vielen Kindern um. Zu viele Potenziale werden vergeudet. Denn zu viele Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss, zu wenige haben die Chance aus dem Teufelskreis der Bildungsarmut auszubrechen. Zu viele Kinder müssen eine Klasse wiederholen, zu wenige erreichen trotz guter Leistung das Abitur. Zu viele Kinder sitzen in zu großen Klassen, zu wenige werden individuell gefördert. Insbesondere Migrantenkinder sind die Verlierer in Bayerns Schulen. Ob jemand Zugang zu guter Bildung hat, hängt entscheidend von seiner sozialen, regionalen und familiären Herkunft ab und weniger von seinen Talenten und Fähigkeiten. Das werden wir ändern.

Mängel beseitigen statt verwalten

Übervolle Klassen, Unterrichtsausfall, zu wenig Lehrerinnen und Lehrer: die bayerischen Schulen leiden an den jahrelangen Versäumnissen der Staatsregierung. Klassen mit deutlich über 30 Schülerinnen und Schülern sind keine Seltenheit. Das macht guten Unterricht schwierig.

Wir wollen, dass keine Schulklasse mehr als 25 Kinder hat. Auch beim überstürzt eingeführten achtjährigen Gymnasium (G 8) muss gehandelt werden: die Lehrpläne gehören entrümpelt, auf Dauer wird nur der Ausbau zu Ganztagschulen die Misere beenden.

Der Dreiklang grüner Bildungspolitik: Gerechtigkeit – Vertrauen – Leistung

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Die reale Chance für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe hängt untrennbar mit dem Zugang zu Bildung zusammen. Bildung ist das beste Mittel gegen Bevormundung und Manipulation. Die Stärkung der Menschen durch Bildung ist damit auch eine Grundvoraussetzung unserer Demokratie. Deshalb steht das Recht aller Kinder auf Bildung im Zentrum unserer politischen Arbeit. Das Bildungssystem soll für jede und jeden die beste Bildung ermöglichen.

Unsere Bildungspolitik basiert auf den Grundprinzipien Gerechtigkeit, Leistung und Vertrauen. In einem gerechten Bildungssystem erhalten alle Kinder individuelle Förderung. Es schöpft auch die Potenziale aller Kinder aus. Nicht Druck und Gängelung fördern Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, sondern Anerkennung und Wertschätzung.

Erfolgreiche Bildungseinrichtungen brauchen Vertrauen in die Kompetenz von Lernenden und Lehrenden. Nur so können sie selbst Verantwortung übernehmen für gute Bildung. Dieses Vertrauen brauchen auch die Bildungseinrichtungen selbst. Nur wenn wir das gesamte System Bildung auf ein grundsätzlich neues Fundament stellen, taugt es für unsere Zukunft und die unserer Kinder.

Eine andere Schule ist möglich

Wir wollen das bayerische Schulsystem verändern. Keine Klasse darf mehr als 25 Kinder haben. Die SchülerInnen werden besser individuell gefördert durch zusätzliches Personal, dazu gehört auch die ausreichende Versorgung mit Schulsozialarbeit und SchulpsychologenInnen. Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben einen Anspruch auf verbesserte und verstärkte Förderung von Anfang an. Unser Ziel ist es, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Schule mit einem Abschluss verlässt. Kinder mit Behinderung lernen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung in einer Klasse. Das Sitzenbleiben wird abgeschafft. Dies würde neben Geld und Lebenszeit ebenso eine immense punktuelle Belastung der Kinder und ihrer Eltern ersparen.

In den Vordergrund würden langfristige Lernerfolge rücken, da so gezielt und frühzeitig Schwächen durch individuelle Förderung begegnet werden kann und Sonderbegabungen gezielt gefördert werden können.

Durch ein flächendeckendes Netz aus rhythmisierten Ganztageschulen können alle Kinder besser gefördert, Familien entlastet und moderne Lehr- und Lernmethoden praktiziert werden.

Vielfalt und Verantwortung

Eine echte Reform bejaht die Verschiedenheit von Kindern und begreift diese als Chance. Es hat sich als untauglich, leistungsmindernd, demotivierend und ausgrenzend erwiesen, wenn Kinder früh auf unterschiedliche Schularten aufgeteilt und in angeblich homogene Lerngruppen einsortiert werden. Deshalb brauchen wir Bildungseinrichtungen und Lehrpersonal, die mit Verschiedenheit (Heterogenität) produktiv umgehen können und sie zur Grundlage ihrer Pädagogik machen. Damit wandelt sich auch das Anforderungsprofil der LehrerInnen. Sie vermitteln nicht bloß Fachwissen, sondern begleiten beim Lernen und gestalten gemeinsam mit den SchülerInnen und ihren Eltern und setzen Methoden ein, die der Entwicklung des Kindes angemessen sind.

Neue Bildungsansätze erfordern auch neue Zeitpläne im Schulalltag.

Die Zeitplanung orientiert sich an Inhalten und nicht an einem starren Stundenplanmuster. Dem Schulsport messen wir eine hohe Bedeutung zu. Bewegung und Naturerlebnis sollen integraler Bestandteil der schulischen Bildung sein und haben im rhythmisierten Schulalltag einen hervorgehobenen Stellenwert.

Eigenverantwortliche Schulen

Um den Unterricht zu reformieren, brauchen wir eine Reform der LehrerInnenausbildung. Wir fordern einen starken Praxisbezug und größere erziehungswissenschaftliche, pädagogische und didaktische Anteile. Darüber hinaus brauchen wir eine Fortbildungsoffensive, die LehrerInnen in die Lage versetzt, ihrer Arbeit nach den neuesten Erkenntnissen der Pädagogik, Didaktik und Erziehungswissenschaften nachzugehen. Supervision in den LehrerInnenteams soll die Regel sein.

SchulleiterInnen werden für ihre Führungsaufgabe von Unter richtsverpflichtungen entlastet und entsprechend geschult. Das der zeitig geübte Multiplikatorensystem für die schulhausinterne Lehrerfortbildung (SchiLF) entspricht nicht unserem Anspruch qualifizierter Fortbildung.

Eine gute und erfolgreiche Schule übernimmt Verantwortung für diejenigen, die ihr anvertraut sind. Das erfordert die aktive Mitwirkung und Verantwortung aller: SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen. Wir setzen uns für mündige und eigenverantwortliche Schulen ein, die nicht am Gängelband des Staates hängen. Schulen erhalten die Hoheit über ihr Personal und über ihr Budget, welches den Anforderungen angemessen sein muss. Das Berufsbeamtentum für Lehrerinnen und Lehrer wird abgeschafft.

Die Schule regelt alle ihre Angelegenheiten in einem paritätisch besetzten Schulforum selbst. Sie legt Rechenschaft über die Erreichung von Standards ab, indem sie sich regelmäßig evaluieren lässt. Politik soll in Zukunft lediglich den Rahmen und die Lernziele setzen, die Schulen jedoch selbst entscheiden lassen, wie sie diese Ziele erreichen.

Integration und Bildungsgerechtigkeit

Migrantenkinder und behinderte Kinder sind die Verlierer im bayerischen Bildungssystem. Bildung ist jedoch entscheidend für die Integration und die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, insbesondere auch für junge Flüchtlinge, müssen deutlich verbessert werden. Migrantenkinder müssen durch individuelle Förderung im vorschulischen und schulischen Bereich bessere Chancen bekommen.

Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit muss als Potenzial anerkannt und frühzeitig gefördert werden. Der Erwerb von Deutschkenntnissen über Förderung der muttersprachlichen Identität kann bereits in der Elementarerziehung verbessert werden. Migrantenkinder dürfen nicht mehr länger aufgrund von Sprachschwierigkeiten in Förderschulen eingewiesen und dort verwahrt werden, wie es in Bayern gängige Praxis ist.

Auch die Chancen von Kindern mit Behinderung können deutlich verbessert werden, wenn sie nicht am Lernen zusammen mit anderen Kindern gehindert werden. Es muss ein echtes Wahlrecht auch für behinderte Kinder an einer wohnortnahen Regelschule geben. Niemand darf aufgrund einer Behinderung aus der Grundschule oder einer weiterführenden Schule ausgeschlossen werden. Sonderpädagogisches Personal und Schulassistenz müssen bedarfsgerecht gestellt werden und dürfen nicht willkürlich begrenzt werden. Förderschulen können zu Kompetenzzentren werden, die individuelle Förderung organisieren. In einem inklusiven Bildungssystem wird niemand ausgesondert.

Für alle Zielgruppen muss es in Bayern ein effektives und ausreichendes Lern- und Sprachlernangebot geben, insbesondere auch für Flüchtlingskinder. Wir werden den Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund und mit Behinderung an weiterführenden Schulen durch frühzeitige individuelle Förderung erhöhen.

Eine Schule für alle

Das dreigliedrige Schulsystem wird den Anforderungen an ein modernes und gerechtes Bildungssystem nicht gerecht. Mit den Strukturen des 19. Jahrhunderts kann man Bildung im 21. Jahrhundert nicht erfolgreich gestalten. Die Schattenseiten zeigen sich schon in der Grundschule.

Hier nimmt der Druck auf die Kinder immer mehr zu und beginnt immer früher. Fast ein Viertel der Kinder bekommt Nachhilfe, um eine Übertrittsempfehlung auf die Realschule oder das Gymnasium zu erhalten.

Die frühe Auslese verursacht unnötigen Stress, Angst und macht viele Kinder krank. Talente werden vergeudet, nicht gefördert.

Erfolgreiche PISA-Länder machen es uns vor: wenn Kinder und Jugendliche in Ganztageschulen neun Jahre lang gemeinsam lernen, gibt es hervorragende Leistungen. Wir wollen nicht, dass bereits zehnjährige Kinder in ein hierarchisches System gedrängt und in Gymnasium, Realschule oder Hauptschule eingeteilt werden. Diese Trennung wollen wir aufheben. Eine neunjährige gemeinsame Schulzeit ist besser in der Lage, die Abhängigkeit von Bildungserfolg und Einkommen der Eltern zu entkoppeln.

Zudem löst eine Schule für alle die Probleme, die kleine Gemeinden durch drohende Schulschließungen schon heute haben und die sich durch die demografische Entwicklung noch verschärfen werden. Unsere Schule bleibt im Dorf oder im Stadtteil. Durch eine Öffnungsklausel wollen wir die Kommunen und Regionen in die Lage versetzen, maßgeschneiderte Lösungen vor Ort selbst zu entwerfen und ihre eigene Schule mit eigenem Profil zu schaffen. Diese Schulen werden Vorbilder sein, deren Beispiel sehr schnell Nachahmer finden wird.

Erst nach neun Jahren gemeinsamen Lernens entscheiden die Jugendlichen, ob sie über eine gymnasiale Oberstufe eine akademische Ausbildung anstreben oder eine Berufsausbildung absolvieren wollen oder eine Kombination aus beidem. [...]

http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/080922_Landtagswahl-I/programm-gruene.pdf

Anhang 5

Wahlprogramm der Linken

Auszug aus Kapitel 3 „Bildung für alle statt soziale Auslese“, S. 17ff.

26.7.2008

Bildung ist ein Menschenrecht. Jede und jeder hat Anspruch auf gute Bildung, um die Persönlichkeit voll zu entwickeln und beste Chancen für die berufliche und persönliche Verwirklichung zu haben.

Für DIE LINKE ist Bildungspolitik darum auch Sozialpolitik. Sie muss allen Menschen den Zugang zu Bildung garantieren und deren Erwerb ermöglichen.

Gute öffentliche Bildung kostet erheblich mehr Geld als das Land Bayern und der Bund bereit sind, zur Verfügung zu stellen: Die Bildungsausgaben lagen in Deutschland nach OECD-Angaben im Jahr 2004 bei nur 4,6 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), wogegen der OECD-Durchschnitt bei 5,4 Prozent lag, in Schweden bei 7,4 Prozent und in Dänemark bei 8,4 Prozent. In Bayern liegt der Anteil der Bildungsausgaben am BIP noch unter dem Bundesdurchschnitt. Dieser Anteil muss zunächst schrittweise auf sieben Prozent erhöht werden und dauerhaft am wachsenden Bedarf der Menschen ausgerichtet sein. Öffentliche Bildung muss steuerfinanziert sein. Erst eine stärkere Belastung der Reichen über Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Erbschaftsteuer und Vermögensteuer versetzt Länder und Kommunen in die Lage, ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen. DIE LINKE schlägt in diesem Wahlprogramm entsprechende Änderungen vor.

Im derzeitigen bayerischen Bildungssystem werden bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung nicht abgebaut, sondern verstärkt. Das müssen wir ändern.

Etwa 130 000 Kinder leben in Bayern mit ihren Familien in Armut. Davon betroffen sind besonders Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten sowie Familien mit Kindern. An dem vielgliedrigen Schulwesen scheitern insbesondere Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Haushalten und aus Familien mit Migrationshintergrund. Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker der CSU betreiben durch das Festhalten an der frühzeitigen Auslese der Schülerinnen und Schüler eine Politik, bei der die soziale Herkunft und die Zufälligkeit des Entwicklungsstadiums von Zehnjährigen für die Bildungschancen entscheidend sind.

Das achtjährige Gymnasium (G8) geriet zum Debakel: Nicht umsetzbare Lehrpläne, die zunehmende Notwendigkeit von Nachhilfen, Familien als private Paukanstalten schon bei Grundschulkindern, durch hohe Umbauaufwendungen überforderte Kommunen, genervte Eltern, frustrierte Lehrer,

erschöpfte Schülerinnen und Schüler sind die Ergebnisse.

Bayerns Demokratie ist davon abhängig, dass Grundwerte eines demokratischen Bildungswesens wie freier Zugang zu den Bildungseinrichtungen, Chancengleichheit und demokratische Rechte der BildungsteilnehmerInnen – für alle gelten. Wer als Weg aus der Bildungsmisere die weitere marktorientierte Umwandlung des öffentlichen Bildungswesens preist, handelt undemokratisch. DIE LINKE lehnt darum Gebühren von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ab. Der Ausbau von Privatschulen – insbesondere im Gymnasialbereich und in der beruflichen Bildung – darf nicht zu Lasten des öffentlichen Bildungssystems gehen, private Nachhilfe durch Eltern und Institute nicht die Voraussetzung für den Erfolg in der schulischen Ausbildung sein. Die CSU steht dafür, dass es in Bayern kein Recht auf gesetzlichen Bildungsurlaub gibt und dass Bildung weiter zur Ware verkommt.

DIE LINKE fordert:

- Bildungseinrichtungen nicht zu privatisieren – Bildung ist keine Ware,
- das Recht auf Bildung als gesellschaftliche Aufgabe anzuerkennen und als Landesaufgabe zu verwirklichen.
- die zunehmende Auslagerung des Lernens aus der öffentlichen Verantwortung hin zu privaten Einrichtungen und Maßnahmen zu stoppen,
- Bildung und Erziehung als Voraussetzung für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit der Menschen anzuerkennen, die sie befähigen, ihr persönliches Leben und die beruflichen Herausforderungen zu meistern, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und es aktiv mit zu gestalten,
- Chancengleichheit im Bildungsbereich herzustellen. Chancengleichheit bedeutet dabei nicht nur die theoretische Zugangsmöglichkeit zu Bildungseinrichtungen, die sich hinter der Floskel „Chancengerechtigkeit“ verbirgt. Hürden und damit die ungleiche Chancenverteilung beginnen im sozialen Bereich, wie zahlreiche Studien beweisen.
- die Schaffung notwendiger personeller und materieller Voraussetzungen durch Bund, Länder und Kommunen, damit das Recht auf Bildung und Ausbildung von allen wahrgenommen werden kann,
- den Zugang zu und die Nutzung von Bildungseinrichtungen gebührenfrei zu halten,
- Studiengebühren, Büchergeld und die Privatisierung weiterer Zusatzkosten für Eltern, Schülerinnen, Schüler und Studierende zu verhindern bzw. abzuschaffen,
- ethische Normen und die Auseinandersetzung mit Themen wie Würde und Freiheit, Recht auf Leben, die Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft, Gemeinwohlorientierung, demokratischer Teilhabe als unverzichtbaren Teil in den Schulunterricht zu integrieren – die heute oft praktizierte Gleichsetzung von Religion und Werteerziehung befördert eine Aufsplitterung und problematische Gruppenbildung in der Schule,
- die Trennung von Staat und Kirche auch in den Schulen,
- ein bayerisches Bildungsurlaubs- und Weiterbildungsgesetz analog der gesetzlichen Regelungen in anderen Bundesländern,
- ein einheitliches Dienstrecht und eine versicherungspflichtige und tarifvertragliche Regelung aller Beschäftigungsverhältnisse,
- Gruppen-/Klassenstärken- und Personalschlüssel sowie Arbeits- bzw. Pflichtstundenmaße so zu gestalten, dass die derzeitigen Überbelastungen abgebaut werden,
- Leiharbeit im Bildungswesen grundsätzlich zu verbieten.

Gemeinschaftsschule – Eine Schule für alle

Nirgends ist das Bildungssystem sozial selektiver als in Bayern. Arbeiterkinder kommen auf die Hauptschule, Akademikerkinder aufs Gymnasium. Nirgends in Deutschland ist der Anteil der Kinder, die auf Förderschulen abgeschoben werden, so hoch. Und selbst von den Kindern, die es auf das Gymnasium schaffen, erreichen nur 38% das Abitur.

In der Fläche sind vielerorts wohnortnahe Schulen gefährdet. Da die frühe Aufteilung der Schüler zu geringen Schülerzahlen in den einzelnen Schularten führt, müssen die Kinder weite Wege hinnehmen. Durch Schulschließungen wird aber nicht nur die Bildung der Kinder deutlich erschwert; auch die Lebensfähigkeit vieler Ortszentren wird bedroht.

Die bayerische LINKE setzt auf eine zehnjährige gemeinsame Schule für alle. Wir wollen keine frühzeitige Auslese der Kinder. Das Projekt Gemeinschaftsschule beschreibt Wege zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von der Religionszugehörigkeit und unabhängig von Behinderungen. Diese Schule ist von einer Lehr- und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitige Achtung und Akzeptanz wie auch das Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert kollektives und regt individuelles Lernen an. Sie vermittelt den Umgang mit Verschiedenheit und interkulturelle Kompetenz. Dadurch wird gewährleistet, dass alle Schülerinnen und Schüler einen erfolgreichen Schulabschluss erreichen können. Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Kinder mit Migrationshintergrund müssen verstärkt Zugang zu höherer Bildung erhalten.

DIE LINKE in Bayern setzt sich für Maßnahmen ein, die das Wiederholen von Jahrgangsstufen unnötig machen. So sind aus Lern- und Sozialproblemen umgehend mit entsprechender Förderung Konsequenzen zu ziehen.

Flächen- und bedarfsdeckend sind gebundene Ganztagschulen anzubieten, die nicht lediglich „Verwahranstalten am Nachmittag“ sind. Die gegenwärtige „Ganztagschule“, die um 15 Uhr endet und für die z. B. in München nur ganze 3 000 Euro pro Jahr und Klasse budgetiert sind, entspricht bei weitem nicht den pädagogischen und sozialen Zielen.

Ganztagschulen sind so einzurichten, dass den Schülerinnen und Schülern auch nachmittags Bildungs- und Betreuungsangebote, insbesondere kreatives und experimentelles Lernen, zur Verfügung stehen. Bei der Erledigung der Übungs- und Wiederholungsaufgaben werden die Schülerinnen und Schüler von gut ausgebildeten Lehrkräften unterstützt.

Diese Ganztagschulen müssen in Kooperation mit der freien Jugendhilfe, mit Vereinen und der örtlichen Sozialarbeit entwickelt werden.

Ein Schwerpunkt künftiger Lehrkräfteausbildung muss im qualifizierten Umgang mit heterogenen Gruppen liegen. Hierzu gehört auch die Qualifizierung im Fach „Deutsch als Fremdsprache“.

DIE LINKE fordert:

- die Erweiterung von Ganztagsangeboten mit mehr Lehrkräften und die Rücknahme der Personalkürzungen,
- die Rücknahme von Arbeitszeitverlängerungen,
- keine Klassen mit mehr als 25 SchülerInnen, in Schulen mit erhöhtem Förderbedarf zusätzliche pädagogische Kräfte in den Klassen statt Schülerinnen und Schüler in Förderschulen abzuschieben,
- die Einrichtung von Schulsozialarbeit in allen Schulen,
- die Anrechnung mindestens einer Stunde im Wochenstundendeputat für Lehrkräfte mit Klassenleitungstätigkeit, Elternsprechstunden und Schülersprechstunden; der Umfang ist längerfristig auf drei Stunden auszubauen,
- die Reduzierung des Frontalunterrichts zugunsten beteiligungsorientierter und solidarischer Unterrichtsmethoden bei Stärkung der pädagogischen Freiheit der Lehrkräfte,
- die Förderung der Fähigkeit zu kritischem Denken als Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie.
- Mitbestimmungsrechte für verfasste Vertretungen von Schülerinnen und Schülern bei der Schulverwaltung und Lehrplanerstellung – mehr Demokratie an die Schulen,
- vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie die ausreichende Ausstattung der Schulen mit zeitgemäßen Lehr- und Lernmitteln.

[...]

http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/080922_Landtagswahl-I/programm-linke.pdf

Anhang 6

Politikempfehlungen OECD-Wirtschaftsbericht Deutschland 2008: Bessere Bildungserträge, Auszug

Erhöhung der Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) sowie Verbesserung ihrer Qualität durch:

- Pilotprogramme zur Kompensierung von Mängeln im häuslichen Umfeld bei Kleinstkindern aus sozial schwächerem Milieu, durch die sie in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten eingeschränkt sind;
- Entwicklung gemeinsamer Finanzierungsstandards für sämtliche Einrichtungen, um eine gerechtere Behandlung von Kindern aus sozial schwächeren Verhältnissen zu gewährleisten;
- Anhebung der Ausbildung von FBBE-Erziehern auf Tertiär- und vorzugsweise auf Hochschulniveau sowie Einführung einer stärker spezialisierten Ausbildung für Erzieher von Kleinstkindern (unter 3 Jahren);
- Überdenken der derzeit in Erwägung gezogenen Auszahlung eines monatlichen Betrags (Betreuungsgeld) an Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen statt sie in eine Kinderbetreuungseinrichtung zu geben;
- Identifizierung von Strategien zur verstärkten Teilnahme von Kinder aus sozial schwächeren Milieus ab dem Alter von 3 Jahren an der Kindertagenerziehung, sowie
- Verbesserung der Qualität der Programme von Ganztagskindergärten.

Verbesserung der Lehrerqualität durch:

- Verantwortung der jeweiligen Schulen und Lehrkräfte für die Fortschritte aller ihrer Schüler und Einrichtung der für diese Entwicklung erforderlichen Strukturen;
- verstärkten Einsatz finanzieller Anreize für gute Unterrichtsleistungen auf der Basis einer angemessenen Leistungsbeurteilung in Schulen, die für ihre Ergebnisse rechenschaftspflichtig sind;
- Weiterentwicklung der Rolle des Schulleiters als aktivere Führungspersönlichkeit und
- verstärkte Ausrichtung der Lehrerausbildung auf die Entwicklung didaktischer Fähigkeiten und allgemeiner Unterrichtskompetenzen.

Verringerung des Grads der Gliederung des Schulsystems durch:

- Aufschiebung der ersten Selektion, die in den meisten Bundesländern derzeit im Alter von 10 Jahren erfolgt, auf einen späteren Zeitpunkt;
- Angebot von Haupt- und Realschule in einer gemeinsamen Schulart und
- Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen in der Praxis.

[...]

http://www.oecd.org/document/40/0,3343_de_34968570_34968855_40379624_1_1_1_1,00.html